



Information des Finanzministeriums

Düsseldorf, den 27. November 2003

Public private partnership Initiative der Landesregierung beim
Weltkongress PPP in Berlin
Finanzminister Jochen Dieckmann: „Die Projekte in NRW sehen sehr
erfolg versprechend aus.“

Das Finanzministerium teilt mit:

Finanzminister Jochen Dieckmann stellt auf dem Weltkongress PPP in Berlin (Donnerstag bis Freitag) die nordrhein-westfälische public private partnership Initiative vor und berichtet einem europaweiten Teilnehmerkreis von den Erfahrungen mit den Pilotprojekten, die das Finanzministerium gemeinsam mit verschiedenen Kommunen ins Leben gerufen hat.

Die Erfahrungen aus den laufenden Pilotprojekten in NRW zeigen, dass PPP auch in Deutschland ein erhebliches Potential hat. Staatliches Handeln wird dabei zwar auf seine Kernkompetenzen reduziert, aber das, was Aufgabe der öffentlichen Hand ist, wird weder vernachlässigt noch aufgegeben.

Jochen Dieckmann: „Die Zusammenarbeit macht staatliche Aufgaben nicht überflüssig. Zusammenarbeit heißt nicht Privatisierung, sondern ein echtes Hand-in-Hand-Gehen von Wirtschaft und Staat zum Nutzen beider Seiten.“

Insbesondere für Kommunen und dort im Bereich der Schulgebäudesanierung ist ein enormes Handlungspotential erkennbar. Entsprechende Pilotprojekte laufen in den Städten Monheim am Rhein, Meschede, Witten, Leverkusen und dem Erftkreis erfolgreich. Einen wichtigen Schritt dafür hat das Land zum 1. Januar 2002 mit der Einführung einer Schulpauschale getan, die eine modelloffene Förderung darstellt, erste Hindernisse für PPP beiseite geräumt. Zwei weitere Projekte betreffen kommunale Verwaltungsgebäude der Stadt Gladbeck und des Kreises Unna. Es zeigt sich, dass insbesondere mittlere Städte zwischen 40.000 und 100.000 Einwohnern ein hohes Interesse an PPP haben.

In der Vergangenheit wurden – wenn öffentliche Hand und Privatwirtschaft gemeinsam gehandelt haben - von Kommunen Modelle vornehmlich im Bereich Versorgung und Entsorgung realisiert. Diese waren und sind allerdings nicht durch ein partnerschaftliches Miteinander oder eine tatsächliche Risikopartnerschaft zwischen öffentlicher Hand und privatem Sektor gekennzeichnet. Meist handelte es sich um Outsourcing (Übertragung der Aufgabe an Private) oder reine Finanzierungsmodelle.

Jochen Dieckmann: „Die öffentliche Verwaltung muss sich weiter modernisieren. Alle bisher hoheitlich wahrgenommenen Aufgaben stehen auf dem Prüfstand. Dafür sind Kostentransparenz und die Übernahme von privatwirtschaftlichen Instrumenten erforderlich.“

Durch verstärkten Wettbewerb in der Verwaltung und im Wissenstransfer bekomme der öffentliche Sektor die Möglichkeit – aber auch den Druck - traditionelle Projekte effizienter zu realisieren, erläuterte Dieckmann in Berlin. Er gebe sich nicht der Illusion hin, dass PPP neue Geldquellen erschließe oder Unbezahlbares bezahlbar mache. Das wäre eine trügerische Hoffnung. PPP sollte auch nicht allein deshalb gewählt werden, weil Verschuldungsgrenzen erreicht sind.

PPP ist letztlich eine Beschaffungsvariante. Vorrangig geht es darum, die Frage zu beantworten: Kann das gewünschte Projekt überhaupt langfristig vom öffentlichen Auftraggeber finanziert werden? Ist es haushaltsverträglich? Erst wenn diese Frage grundsätzlich bejaht wird, stellt sich die Frage nach dem effizientesten Weg, das Projekt zu realisieren.

Dabei müssen die tatsächlichen Gesamtkosten während des Lebenszyklus einer Immobilie betrachtet werden. Zu vergleichen sind danach auch Planungs- und Bauzeiten, Instandhaltungs- und Betriebskosten sowie Verwaltungs- und Personalkosten. Das schließt auch eine Bewertung von Risiken ein. Hier ist ein Umdenken der öffentlichen Hand erforderlich. Die Betriebskosten, die in der Regel 70 bis 80 Prozent der Gesamtkosten einer Immobilie ausmachen, müssen in eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einbezogen werden; und die Wirtschaftlichkeit von PPP-Modellen ist in jedem Einzelfall nachzuweisen.

Wie hoch die Effizienzgewinne tatsächlich sein werden, wird sich erst aus der Auswertung von den bereits laufenden Pilotprojekten im Bereich Schulen, Verwaltungsgebäude und einer Justizvollzugsanstalt ergeben. Erste Ergebnisse sind Anfang 2004 zu erwarten. Aber die bisherigen Erfahrungen zeigen auch: Es gibt keine grundsätzlichen Hemmnisse zur Realisierung von PPP-Modellen und es gibt einen Wettbewerb innovativer Ideen. Dies kann, dies sollte genutzt werden, um auch Standards auf den Prüfstand zu stellen.

Eine Task Force, die im Finanzministerium alle Prozess begleitet, ist zentraler Ansprechpartner, wählt Pilotprojekte aus, finanziert auch Beratungsleistungen und entwickelt Leitlinien und Standards. In diesem Zusammenhang ist ein Leitfaden für das PPP-Vergaberecht erarbeitet, Leitlinien für die Organisation einer typischen PPP aufgestellt, ein Konzept für einen Wirtschaftlichkeitsvergleich publiziert, der so genannte Public Sector Comparator, sowie Muster für eine ergebnisorientierte Ausschreibung entwickelt worden.

Die Standardisierung des Prozesses und die Erarbeitung praxisgerechter Leitlinien sind die Schlüssel, um das komplexe PPP-Verfahren für die öffentliche Hand, aber auch für die mittelständische Wirtschaft handhabbar zu machen.

Jochen Dieckmann: „Gerade in Zeiten schmaler öffentlicher Kassen sind wir gehalten, mit Phantasie und Mut neue Handlungsspielräume für die Politik auf allen Ebenen zu schaffen und zu erhalten.“